

«Die Kunst des Machbaren»

Regierungsrätin Barbara Janom Steiner über Strukturen, Steuern und eine mögliche Ständeratskandidatur.

VON JULIAN REICH

Barbara Janom Steiner, vor zwei Jahren trat die Gebietsreform in Kraft. Wie fällt Ihre Bilanz aus?
Regierungsrätin Barbara Janom Steiner: Äusserst positiv. Ich konnte mich davon überzeugen, dass die Regionen reibungslos funktionieren und die Umsetzung der Reform gelungen ist.

Sie haben im letzten Jahr alle elf Regionen besucht - wie haben Sie die Stimmung vor Ort wahrgenommen?
Die Stimmung ist überall gut. Die Zusammenarbeit in den Regionen hat sich gut eingespielt. Unterschiedliche Aufgabenbereiche mit unterschiedlichen Arbeitskulturen wurden unter ein Dach zusammengefasst. Da war es nicht schon im vornherein klar, wie die Umsetzung funktionieren würde. Auch habe ich festgestellt, dass der Kommunikation mit der Bevölkerung grosses Gewicht beigemessen wird. Für die Bevölkerung war es nicht so einfach, sich vorzustellen, was denn die Regionen genau tun.

Kaum zwei der elf Regionen gleichen sich in Bevölkerungsstruktur oder Geografie. Und doch müssen sie alle nach denselben Regeln funktionieren. Macht das Sinn?

Man kann in verschiedener Hinsicht - beispielsweise Fläche, Anzahl Gemeinden, Bevölkerungszahl, Finanzkraft etc. - Unterschiede herleiten. Aber: Alle Regionen, wie unterschiedlich sie auch sein mögen, haben letztlich die gleiche rechtliche Stellung und Aufgabe, nämlich die von den Gemeinden beziehungsweise vom Kanton übertragenen Aufgaben zu erfüllen. Im Interesse einer einheitlichen Aufgabenerfüllung weisen die Regionen eine zumindest in den Grundzügen identische Organisationsstruktur auf. Im Vorfeld der Gebietsreform wurde die einheitliche Organisation noch kritisch beurteilt. Diese Kritik ist der Einsicht gewichen, dass diese Struktur die richtige ist, weil die direkte Vertretung der Gemeinden gesichert ist.

Gerade im Bündner Rheintal gibt es Themen wie Raumplanung und Wirtschaftsentwicklung, die nicht vor den Regionengrenzen Halt machen. Wäre hier nicht eine bessere Koordination der Regionen zielführender?

Die Regierung schlug ursprünglich die Schaffung von fünf bis acht Regionen vor. Sie liess sich dabei von den überkommunalen Aufgaben leiten, welche möglichst ohne Schnittstellen, sprich ohne zusätzlichen Koordinationsaufwand erfüllt werden sollten. Der Grosse Rat hat sich partei- und regionenübergreifend für die heutige Lösung mit elf Regionen ausgesprochen. Die Regionen haben aber rechtlich die Möglichkeit, enger zusammenzuarbeiten. Dies liegt jedoch ausschliesslich in ihrer Verantwortung.

Wäre es mit dem heutigen Wissensstand allenfalls besser gewesen, man wäre beim ursprünglichen Vorschlag von fünf Regionen geblieben?

Mit einer gewissen Genugtuung konnte ich bei meinen Regionsbesuchen feststellen, dass die ursprüngliche Absicht der Regierung, fünf bis acht Regionen zu schaffen, im Nachhinein eine grössere Akzeptanz aus der Praxis und vor Ort erfährt. Politik ist aber in aller Regel die Kunst des Machbaren.

Das Motto der Gebietsreform war «Starke Gemeinden, starker Kanton» - die Regionen sollen also bewusst schwach sein. Gewisse Regionen monieren nun die fehlende Entscheidungskompetenz auf regionaler Ebene. Sind die Regionen zu schwach?
Die Gebietsreform zielte klar auf eine Stärkung der Gemeindeautonomie. Dies ist konsequent, arbeiten wir doch mit der laufenden Gemeindereform und der bereits umgesetzten Finanzausgleichsreform auf die gleichen Ziele hin. Mit allen Reformen möchten wir den Föderalismus im Kanton stärken. Dazu leisten die Regionen ihren Beitrag.

In der letzten Zeit hat sich das «Fusionsfieber» in Graubünden etwas gelegt. Wie beurteilen Sie den aktuel-



«Der Ständerat würde mich reizen»: Regierungsrätin Barbara Janom Steiner über die Zeit danach.

Foto Olivia Item

Die Reformerin

In ihrem (letzten) Jahr als Regierungspräsidentin besuchte Barbara Janom Steiner 2017 alle elf Regionen Graubündens. Diese bilden seit dem 1. Januar 2016 die mittlere Ebene zwischen Gemeinden und Kanton und haben damit die Bezirke und Kreise abgelöst. Neben bestimmten Pflichtaufgaben, die ihnen vom Kanton zugewiesen sind, können sie für die Gemeinden weitere Aufgaben übernehmen. Janom Steiner ist seit 2008 Regierungsrätin des Kantons Graubünden. Ende dieses Jahres wird die 1963 in Scuol geborene BDP-Politikerin aus der Regierung ausscheiden. (jul)

len Stand des Kantons auf dem Weg zu bereinigten, schlankeren Strukturen?

Es ist eindrücklich, was in den vergangenen Jahren im Bereich der Gemeindereform passiert ist. Für diese Entwicklung zolle ich den Behörden und der Bevölkerung höchsten Respekt! Nach dem Willen des Grossen Rates gemäss Februarsession 2011 sollen mittelfristig, das heisst bis im Jahr 2020, unter 100 Gemeinden, langfristig unter 50 Gemeinden entstehen. Wir sind somit gut unterwegs, aber noch nicht am Ziel.

Zuletzt waren auch kritische Stimmen zum Thema Fusionen zu hören. Fusionen führten weder zu Kosteneinsparungen noch zu mehr Bürgernähe. Wie beurteilen Sie diese Bedenken?

Was die Kosten betrifft, so sprechen Sie sicher eine Studie an, welche die «Rundschau» vor einem Jahr als vermeintlich grosse Neuigkeit verkündet hat. In der Studie werden fusionierte Gemeinden mit ähnlich grossen nicht fusionierten und zudem lediglich die Verwaltungskosten verglichen. Solche Vergleiche hinken. Einerseits sind die höchst unterschiedlichen Fusionen differenziert zu betrachten und zweitens sind die längerfristigen Effekte zu berücksichtigen. So bleiben beispielsweise die längerfristige Kosteneinsparungen im Bereich der kommunalen Infrastruktur in der Studie völlig aussen vor.

Fusionierte Gemeinden sind oftmals aber auch weniger nah am Bürger.

Was die Bürgernähe betrifft, so ist der gesellschaftliche Trend entscheidender als die Gemeindefusion. Wenn nicht spezielle Geschäfte die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger an die Gemeindeversammlung lo-

cken, so ist die Stimmbeteiligung in aller Regel tief. Die Mobilität und die Entwicklungen im elektronischen Bereich beschleunigen solche Entwicklungen. War der Gang auf die Kanzlei noch vor 20 Jahren für so manches notwendig, erledigen Sie heute vieles per Internet.

Bis zum Ende Ihrer Amtszeit wird sich die Anzahl der Gemeinden im Kanton von 203 auf fast die Hälfte reduziert haben. Ist das das Vermächtnis von Barbara Janom Steiner?

Der Erfolg hat immer viele Väter, nur der Misserfolg ist in der Regel ein Waisenkind (lacht). Ich bin dankbar, dass ich einen Beitrag dazu leisten konnte, dass Graubünden die viel gelobte Gemeindeautonomie nicht schleichend zu einer leeren Worthülse verkommen lässt, sondern sie stärkt. Dies stimmt mich zuversichtlich, wenn ich an die Herausforderungen denke, die wir im Kanton zu bewältigen haben werden.

Die Kreise und Bezirke wurden im Rahmen der Gebietsreform abgeschafft, an ihre Stelle traten die Regionen. Die Kreise führen noch ein Restdasein als Wahlsprengel für die Grossratswahlen. Wie lange noch?

Das hängt davon ab, wie gewisse Verfahren ausgehen. Aktuell ist eine Beschwerde vor Bundesgericht hängig. Davon wird abhängig sein, ob man künftig noch am Majorzverfahren festhalten wird können oder ob man zum Proporz wechseln muss. Erst dann kann man auch die Wahlsprengel hinterfragen. Von der Regierung ist zum aktuellen Zeitpunkt nicht vorgesehen, aktiv zu werden. In den Abstimmungen wurde das heu-

tige Wahlverfahren ja mehrfach und deutlich gutgeheissen.

Sind Sie froh, dass Sie sich voraussichtlich nicht mehr mit dem Thema auseinandersetzen müssen? Umgekehrt gefragt: Was macht Sie wehmütig, wenn Sie daran denken, dass Sie in einem Jahr nicht mehr Regierungsrätin sein werden?

Es ist zwar nur noch ein Jahr, aber ich will die Zeit nicht einfach absitzen und warten, bis es vorbei ist. Ich will das Jahr aktiv durchziehen und ein reich befrachtetes Programm absolvieren. Es gibt noch einige Baustellen, die ich vorantreiben und bereinigen will. Aber es gibt schon Anlässe, bei denen ich denke, schade, dass ich beim nächsten Mal nicht mehr dabei sein kann oder zumindest nicht mehr als amtierende Regierungsrätin. Da wird es einem schon komisch ums Herz, wenn man daran denkt, dass es bald zu Ende geht.

Was wird Sie denn beschäftigen in Ihrem letzten Jahr?

Ein grosses Thema ist die Steuervorlage 17, die im Frühling in die Vernehmlassung geht. Parallel zu den Arbeiten auf nationaler Ebene sind wir dazu angehalten, bereits kantonale Lösungen zu präsentieren. Dieses Vorgehen ist höchst ungewöhnlich. Aber der Bund will früh von den Kantonen wissen, wie die Umsetzung aussehen würde, damit das nationale Parlament bei der Beratung und das Stimmvolk bei einem allfälligen Referendum nicht die Katze im Sack kauft.

Und damit sich die Kantone nicht kritisch zur Vorlage äussern, wie teilweise bei der USR III geschehen...?

Genau. Es ist eine anspruchsvolle Übungsanlage. Damit hängt eine zweite grosse Baustelle zusammen, nämlich die Erarbeitung eines möglichen Entlastungskonzepts für die Finanzplanjahre nach 2020. Es braucht noch kein Sparprogramm, aber es ist absehbar, dass der Finanzrahmen enger wird. Einerseits durch die Steuervorlage, andererseits durch die Neugestaltung des nationalen Finanzausgleichs, der zugunsten der Gebirgskantone verändert werden soll. Aufgrund dieser Grossprojekte muss man damit rechnen, dass es finanziell ab 2020 anspruchsvoller sein. In Zusammenarbeit mit den anderen Departementen möchten wir aufzeigen, wo es finanzpolitisch Handlungsspielräume gibt oder wo man sie schaffen könnte.

Es ist noch nicht lange her, dass Sie die Unternehmenssteuern in Graubünden gesenkt haben. Ist es Ihre politische Grundüberzeugung, dass Steuersenkungen letztlich zu mehr Wachstum führen?

Die Steuersenkung per 2017 war minimal und nur eine Massnahme unter vielen zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes wie beispielsweise dem Impulsprogramm, einem höheren Investitionsvolumen oder den 80 Millionen Franken für systemrelevante Infrastrukturen. Das alles geschah im Rahmen des Regierungsprogramms für die aktuelle Legislaturperiode. Wie gesagt: Steuern sind ein Faktor, aber bei Weitem nicht der einzige, vielleicht nicht einmal der wichtigste für die Standortattraktivität. Wir bewegen uns hier eben in einem Wettbewerb mit anderen Kantonen. Bis zu einem gewissen Grad kann man dabei mithalten, aber es gibt eine Schallgrenze. Irgendwie muss man ja die Finanzen generieren, um Infrastruktur, Bildung, Sicherheit und vieles mehr zu bezahlen. Der Steuerwettbewerb ist etwas, das man sicher im Auge behalten muss. Dass die Steuervorlage 17 den Wettbewerb nochmals anheizt, ist anzunehmen.

Zumindest als Finanzdirektorin werden Sie den Wettbewerb bald nicht mehr mitmachen müssen. Wie sieht Ihr Plan für die Zeit danach aus?

Es ist davon auszugehen, dass dann meine politische Karriere beendet ist - ausser es ergibt sich zeitnah eine Vakanz im Ständerat. Dann würde ich mir eine Kandidatur überlegen, denn diese Kammer würde mich interessieren. Aber zurzeit sieht es nicht danach aus, dass dort bald ein Sitz frei werden würde.